

von
Pavin
Chachaval-
pongpun
Übersetzung
von Oliver Pye

Der Autor ist
Professor am
Center for Sou-
theast Asian Stu-
dies, Kyoto Uni-
versity. Er lebt
zurzeit im Exil.

Eine in Deutsch-
land lebende
Thailänderin
positioniert sich
gegen die neue
Verfassung.
Foto: Manuel
Navarette Torres

Nach dem Referendum

Am 7. August votierten 60 Prozent derjenigen, die am Referendum teilnahmen, für die vom Militär verfasste, neue Verfassung. Wie ist dieses Ergebnis einzuschätzen und wie verändert es die Aussichten auf Demokratie in Thailand?

Wie Putsch und Verfassung zusammenhängen

Die neue Verfassung ist Teil des Versuchs des Militärs, die Politik – nach der offiziellen Machtübergabe – weiterhin zu dominieren. Sie stärkt nicht-gewählte Institutionen wie den Senat und das Verfassungsgericht (siehe Artikel von Nopporn Khunkha). Das Militär hat vor, diese Institutionen als Gegengewicht zu künftigen Regierungen zu missbrauchen. Darüber hinaus erlaubt die Verfassung unabhängige Parlamentsabgeordnete. Dies wird in der Praxis dazu führen, dass es für starke politische Parteien, wie die von Thaksin, weitaus schwieriger sein wird, wie früher eine große Mehrheit im Parlament zu bekommen. Schließlich erlaubt die Verfassung auch nicht-gewählten Personen, die keine Abgeordnete sind, Premierminister zu werden, was Außenseitern ermöglichen wird, für das Amt zu kandidieren. Es würde daher kaum überraschen, wenn General Prayuth nach den Wahlen wieder an die Macht kommt.

Das Militär benutzt die Verfassung als Instrument, um politische Macht zu kontrollieren. Dies ist gerade zu Zeiten des kritischen Übergangs in der Monarchie wichtig. Aktuell wird in Thailand über den »tiefen Staat« diskutiert, was bedeutet, dass es eine mäch-

tige Institution geben soll, die jenseits der gewählten Regierung für politische Stabilität sorgt. In der Vergangenheit war dies die Rolle der Monarchie, heute nimmt die Judikative diese Rolle ein. Und dies wurde nun in die Verfassung eingeschrieben.

Dahinter steht eine Allianz zwischen dem Militär und der Monarchie, die seit dem Kalten Krieg besteht. Diese beruht auf einer gegenseitigen Abhängigkeit. Militär und Monarchie haben gemeinsame Interessen. Die Monarchie braucht das Militär, um ihre politische Position zu stärken. Das Militär braucht die Monarchie als Vorwand, um selbst politisch zu intervenieren. Der Schutz des Königs ist eine zentrale Aufgabe des Militärs. Solange das Militär gegen die Feinde der Monarchie polemisieren kann, wird seine Position in der Politik gesichert bleiben.

Die Gefahr, die von Thaksin und Yingluck Shinawatra ausging, macht den thailändischen Eliten immer noch Angst. Deswegen haben sie gegen sie geputscht. Aber Putsche werden auf Grund des entstandenen politischen Bewusstseins der Bevölkerung zunehmend ineffektiv. Der übliche *modus operandi* eines Putsches schafft auf Dauer keinen Erfolg. Deshalb müssen die Eliten dafür sorgen, dass die Verfassung in ihrem Sinne funktioniert – daher die neue Verfassung und das Referendum.

Das Ergebnis des Referendums

Ich war ehrlich gesagt etwas überrascht, dass ein Ja herauskam. In den Wochen vor dem Referendum sah ich viele Proteste gegen den Verfassungsentwurf aus dem pro-Demokratie-Lager, sodass ich davon ausging, dass die Kampagne gegen die neue Verfassung Früchte tragen würde. Was sie offensichtlich nicht tat. Es gibt viele Gründe, warum die Thais mit Ja votierten, zum Teil weil sie mit der Situation unzufrieden sind und die versprochenen Wahlen als einen Ausweg aus der Krise betrachten. Einige waren vom Militär eingeschüchtert. Man muss aber auch betonen, dass die Zahl derer, die gar nicht zur Wahl ging (41 Prozent), viel größer war als die, die entweder Ja oder Nein gestimmt haben. Sie boykottierten das Referendum, weil sie den Prozess als solchen als illegitim betrachteten.

Das Ergebnis gibt daher nicht die wirkliche Stimme des Volkes wieder. Aber das war der Junta auch ziemlich egal. Im Augenblick benutzt sie ihren Sieg im Referendum, um nicht nur die Verfassung zu legitimieren, sondern auch die Putschisten selbst. Und wo die EU kleinere Einwände gegen das Referendum hervorbrachte, das sie eher als unfair und nicht frei einschätzte, wird der Westen als Ganzes das Ergebnis des Referendums begrüßen. Japan hat





Demonstration vor dem Bonner Hauptbahnhof für ein Nein beim Referendum.

Foto: Manuel Navarette Torres

das Ergebnis schon anerkannt. Und das ist genau das, was für die Junta wichtig war.

Viele WählerInnen glaubten, dass die Verfassung später wieder verändert werden kann – zum Beispiel nach den für nächstes Jahr angekündigten Wahlen. Allerdings wird dies schwierig oder nahezu unmöglich werden, wie wir in der Vergangenheit gesehen haben. Dies liegt daran, dass die nicht-gewählten Institutionen gestärkt wurden und diese Verfassungsänderungen zu verhindern wissen. Diejenigen, die glaubten, mit Ja-Stimmen später die Verfassung ändern zu können waren nicht realistisch und haben nichts aus der Vergangenheit gelernt.

Die Konsequenzen

Das Militär, die alte Macht und das Netzwerk der Monarchie werden am meisten vom Ergebnis des Referendums profitieren. Es wird ihnen erlauben, die Politik durch direkte oder indirekte Interventionen zu manipulieren. Das Volk wird am meisten zu leiden haben, insbesondere die politisch marginalisierten Gruppen, die gehofft haben, durch Wahlen mehr Zugang zu politischen Ressourcen zu bekommen. Mit dieser neuen Verfassung sind sie in einen Zustand zurückversetzt, in dem sie ihr politisches Schicksal nicht selbst bestimmen können. Die *Pheu Thai Partei* wird Schwierigkeiten haben, über Erdbeben wieder an die Macht zu gelangen. Wenn sie die Regierung bilden wird, dann ohne eine mas-

sive Mehrheit im Parlament. So wird Thailand eine schwache Koalitionsregierung bekommen wie in den 1980er und 1990er Jahre. Dies wird der *Demokratischen Partei* nützen, die mittelgroß ist und vom Militär unterstützt wird.

Das Ergebnis des Referendums wird die Situation in Thailand verschlechtern. Es hat schlussendlich nur die Macht innerhalb der politischen Elite neu verteilt. Die Vorteile dieser Verfassung für die kleinen Leute wurden gar nicht diskutiert. Doch wir sehen eine Stagnation bei der dringenden Reform des Bildungssystems. Die öffentliche Gesundheitsversorgung bleibt umkämpft. Ihre Stimme wird in den Wahlkabinen ungehört bleiben, weil das Militär seinen Plan für die nächste Regierung schon in der Tasche hat.

Es ist schwierig, Fortschritte zu erzielen, wenn das Militär sich als ultimativen Beschützer der thailändischen Nation betrachtet. Die Weigerung des Militärs, sich aus der Politik zurückzuziehen, ist eine echte Gefahr für die Demokratie. Ich glaube nicht an die Theorie der (thailändischen) Einmaligkeit, weil diese der politischen Elite erlaubt, einen Zustand zu erhalten, der nicht demokratisch aber sehr wohl für die Situation in Thailand einmalig sein könnte. Ich glaube, dass Thailand ein normales demokratisches Land werden kann, wenn zentrale demokratische Institutionen gestärkt werden und das Militär und andere Institutionen aufhören, sich in die Politik einzumischen. Leider wird die neue Verfassung das thailändische Problem nicht lösen. Im Gegenteil, die politische Krise wird sich verschärfen.